

Geschäftsordnung

des Samtgemeinderates der Samtgemeinde Nenndorf

Den Bestimmungen dieser Geschäftsordnung sind die einschlägigen Bestimmungen des NKomVG jeweils nachrichtlich vorangestellt.

§ 69 NKomVG ¹Die Vertretung gibt sich eine Geschäftsordnung. ²Diese soll insbesondere Bestimmungen über die Aufrechterhaltung der Ordnung, die Ladung und das Abstimmungsverfahren enthalten.

§ 7 NKomVG (1) Organe der Kommunen sind die Vertretung, der Hauptausschuss und die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte.

(2) Die Organe tragen folgende Bezeichnungen:

1. in Gemeinden: Rat, Verwaltungsausschuss und Bürgermeisterin oder Bürgermeister,
2. in großen selbständigen und in kreisfreien Städten: Rat, Verwaltungsausschuss und Oberbürgermeisterin oder Oberbürgermeister,
3. in Samtgemeinden: Samtgemeinderat, Samtgemeindeausschuss und Samtgemeindebürgermeisterin oder Samtgemeindebürgermeister,
4. in Landkreisen: Kreistag, Kreisausschuss und Landrätin oder Landrat sowie
5. in der Region Hannover: Regionsversammlung, Regionsausschuss und Regionspräsidentin oder Regionspräsident

Inhalt:	§ 1	Einberufung des Samtgemeinderates
	§ 2	Öffentlichkeit
	§ 3	Vorsitz
	§ 4	Sitzungsverlauf
	§ 5	Tagesordnung und Anträge zur Tagesordnung
	§ 6	Anträge zu Tagesordnungspunkten und Anfragen
	§ 7	Anträge zur Geschäftsordnung und persönliche Erklärungen
	§ 8	Beratung und Redeordnung
	§ 9	Ordnungsverstöße
	§ 10	Einwohnerfragestunde und Anhörungen
	§ 11	Abstimmung
	§ 12	Wahlen
	§ 13	Protokoll
	§ 14	Fraktionen und Gruppen
	§ 15	Samtgemeindeausschuss
	§ 16	Ausschüsse des Samtgemeinderates
	§ 17	Geltung der Geschäftsordnung

§ 1 Einberufung des Samtgemeinderates

§ 59 NKomVG (Abs. 1) ¹Die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte lädt die Abgeordneten unter Mitteilung der Tagesordnung schriftlich oder durch ein elektronisches Dokument. ²Einzelheiten regelt die Geschäftsordnung.

(1) Die Ladung erfolgt schriftlich durch Brief, Telefax oder E-Mail. Die Einladung per E-Mail gilt als zugestellt, wenn sie versandt wurde. Die Art der Einladung bestimmen die Ratsmitglieder selbst. Die Ratsfrauen und Ratsherren sind verpflichtet, Änderungen ihrer Postanschrift, Telefaxverbindung oder E-Mail-Adresse umgehend dem Samtgemeindebürgermeister mitzuteilen.

(2) Die Ladungsfrist beträgt eine Woche. In Eilfällen kann die Ladungsfrist bis auf 3 Tage abgekürzt werden; auf die Abkürzung ist in der Ladung hinzuweisen.

(3) Die Einberufung zu einer nichtöffentlichen Sitzung erfolgt, wenn die Tagesordnung lediglich Punkte enthält, die nach § 64 NKomVG in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten sind oder bei denen ein entsprechender Beschluss über die nichtöffentliche Behandlung im Einzelfall bereits vorliegt.

§ 2 Öffentlichkeit

§ 64 NKomVG ¹Die Sitzungen der Vertretung sind öffentlich, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen einzelner den Ausschluss der Öffentlichkeit erfordern. ²Über einen Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden; wenn keine Beratung erforderlich ist, kann in öffentlicher Sitzung entschieden werden.

§ 63 NKomVG (Abs. 1) ¹Die oder der Vorsitzende leitet die Verhandlungen, eröffnet und schließt die Sitzungen, sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung und übt das Hausrecht aus.

(1) An öffentlichen Sitzungen können Zuhörer/innen und Zuhörer nach Maßgabe der vorhandenen Plätze teilnehmen. Pressevertreter/innen können besondere Plätze zugewiesen werden.

(2) Zuhörer/innen sind nicht berechnigt, sich an den Beratungen zu beteiligen. Sie dürfen die Beratungen nicht stören und insbesondere keine Zeichen des Beifalls oder des Missfallens geben. Zuhörer/innen können von dem oder der Vorsitzenden aus dem Sitzungssaal verwiesen werden.

(3) Aufzeichnungen auf Tonträger durch Dritte sind grundsätzlich nicht zulässig. Sie können ausnahmsweise durch Beschluss des Samtgemeinderates zugelassen werden.

§ 3 Vorsitz

§ 61 NKomVG (Abs.1) ¹Nach der Verpflichtung der Abgeordneten wählt die Vertretung in ihrer ersten Sitzung aus der Mitte der Abgeordneten ihre Vorsitzende oder ihren Vorsitzenden für die Dauer der Wahlperiode. ²Die Wahl wird von dem ältesten anwesenden und hierzu bereiten Mitglied geleitet. ³Die Vertretung beschließt ferner über die Stellvertretung der oder des Vorsitzenden.

(1) Soweit ein Ratsmitglied an der Sitzungsteilnahme verhindert ist, hat es den/die Vorsitzende/n rechtzeitig vor Beginn der Sitzung zu benachrichtigen. Soweit ein Ratsmitglied die Sitzung vorzeitig verlassen will, hat es diese Absicht dem/der Vorsitzenden anzuzeigen.

(2) Die/Der Vorsitzende hat die Sitzung unparteiisch zu leiten. Sie/er ruft die Tagesordnungspunkte auf, stellt sie zur Beratung und eröffnet die Abstimmung oder die Wahl. Will die/der Vorsitzende selbst zur Sache sprechen, so gibt sie/er den Vorsitz für die Dauer der Beratung und Beschlussfassung dieses Gegenstandes an ihre/n/seine/n Vertreter/in ab.

(3) Sind die/der Vorsitzende und ihre/seine Vertreter/innen verhindert, so wählt der Samtgemeinderat unter dem Vorsitz des ältesten anwesenden hierzu bereiten Ratsmitgliedes für die Dauer der Verhinderung, längstens für die Dauer der Sitzung, eine/einen Vorsitzenden aus seiner Mitte.

(4) Der Samtgemeindebürgermeister kann Angehörige der Verwaltung zur Sitzung hinzuziehen.

§ 4 Sitzungsverlauf

Die Sitzungen sollen regelmäßig in dieser Reihenfolge ablaufen:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit, Feststellung der Tagesordnung
2. Beschlussfassung über die Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung
3. Genehmigung der Niederschrift über die vorangegangene Sitzung
4. Bericht der Verwaltung über wichtige Angelegenheiten der Samtgemeinde Nenndorf
für die Ausschüsse des Samtgemeinderates:
Bericht der Verwaltung über Sachstände zu den Beratungsergebnissen bzw. Entscheidungen der vorangegangenen Sitzung
5. Beratung und Beschlussfassung über die in der Tagesordnung bezeichneten Verhandlungsgegenstände
6. Anfragen von Ratsmitgliedern
7. Einwohnerfragestunde
8. Nichtöffentliche Sitzung
9. Schließung der Sitzung

(2) In den Sitzungen der Ausschüsse des Samtgemeinderates kann die Einwohnerfragestunde auf Antrag eines Ratsmitgliedes an den Anfang der Sitzung gestellt werden.

§ 5 Tagesordnung und Anträge zur Tagesordnung

§ 59 NKomVG (Abs. 3) ¹Die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte stellt die Tagesordnung im Benehmen mit der oder dem Vorsitzenden der Vertretung auf; die oder der Vorsitzende kann verlangen, dass die Tagesordnung um einen Beratungsgegenstand ergänzt wird. ²Die Tagesordnung für die erste Sitzung in der Wahlperiode stellt die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte allein auf. ³Die oder der Vorsitzende vertritt die Hauptverwaltungsbeamtin oder den Hauptverwaltungsbeamten bei der Einberufung der Vertretung einschließlich der Aufstellung der Tagesordnung. ⁴Stellt die oder der Vorsitzende die Tagesordnung auf, so ist das Benehmen mit der allgemeinen Stellvertreterin oder dem allgemeinen Stellvertreter der Hauptverwaltungsbeamtin oder des Hauptverwaltungsbeamten herzustellen; diese oder dieser kann verlangen, dass ein bestimmter Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt wird. ⁵In dringenden Fällen kann die Tagesordnung zu Sitzungsbeginn durch Beschluss erweitert werden; dafür ist eine Zweidrittelmehrheit der Mitglieder der Vertretung erforderlich.

(1) Jeder Beratungsgegenstand ist deutlich zu kennzeichnen. Ein Tagesordnungspunkt "Verschiedenes" ist nicht zulässig.

(2) Zu jedem Tagesordnungspunkt soll eine Vorlage bzw. ein Bericht der Verwaltung mit der Einladung übersandt werden; Vorlage bzw. Bericht können nachgereicht werden. Steht die Beratung der Haushaltssatzung auf der Tagesordnung für die Samtgemeinderatssitzung, so ist der Entwurf der Satzung mit dem Haushaltsplan den Ratsmitgliedern 14 Tage vor der Sitzung zu übersenden.

(3) Anträge zur Aufnahme eines bestimmten Beratungsgegenstandes in die Tagesordnung müssen schriftlich formuliert spätestens am 10. Tage vor der jeweiligen Sitzung beim Samtgemeindebürgermeister eingegangen sein. Später eingegangene Anträge werden als Dringlichkeitsanträge gem. § 59 Abs. 3 Satz 5 NKomVG behandelt.

(4) Dringlichkeitsanträge nach § 59 Abs. 3 Satz 5 NKomVG werden unter dem TOP „Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit, Feststellung der Tagesordnung“ behandelt. Eine Aussprache über die Dringlichkeit darf sich nicht mit dem Inhalt des Antrages, sondern mit der Prüfung der Dringlichkeit befassen.

Erläuterung zu § 5 Abs. 4 GO:

Dringlich sind Angelegenheiten, deren Beratung und Entscheidung unter Berücksichtigung der einzuhaltenden –ggf. abgekürzten- Ladungsfrist nicht auf die nächste Sitzung verschoben werden kann, ohne dass irreversible Nachteile entstehen (Thiele, NGO-Kommentar, 8. Auflage 2007, Anm. 7 zu § 41).

Auf die notwendige Vorbereitung von Beschlüssen durch den Samtgemeindeausschuss/ Samtgemeindebürgermeister ist zu achten.

§ 6 Anträge zu Tagesordnungspunkten und Anfragen

§ 56 NKomVG Jedes Mitglied der Vertretung hat das Recht, in der Vertretung und in den Ausschüssen, denen es angehört, Anträge zu stellen; die Unterstützung durch andere Mitglieder der Vertretung ist dazu nicht erforderlich. Zur eigenen Unterrichtung kann jede oder jeder Abgeordnete von der Hauptverwaltungsbeamtin oder dem Hauptverwaltungsbeamten Auskünfte in allen Angelegenheiten der Kommune verlangen; dies gilt nicht für Angelegenheiten, die der Geheimhaltung unterliegen (§ 6 Abs. 3 Satz 1).

(1) Zu jedem Tagesordnungspunkt können bis zur Abstimmung (Änderungs-)Anträge mündlich oder schriftlich gestellt werden. Die bzw. der Vorsitzende kann verlangen, dass der mündlich gestellte Antrag bis zur Abstimmung schriftlich vorzulegen ist.

(2) Anfragen der Ratsmitglieder, die gem. § 4 Nr. 6 dieser Geschäftsordnung in der Ratssitzung beantwortet werden sollen, müssen spätestens fünf Tage vor der Sitzung schriftlich bei dem Samtgemeindebürgermeister eingereicht sein. Die Anfragen werden vom Samtgemeindebürgermeister mündlich oder schriftlich beantwortet. Die Anfrage sowie die Antwort werden zu Beginn der Sitzung an die Mitglieder der Vertretung verteilt. Eine Aussprache über die Beantwortung der Anfragen findet nicht statt. Eine Zusatzfrage der Fragestellerin / des Fragestellers ist zulässig.

§ 7 Anträge zur Geschäftsordnung und persönliche Erklärungen

(1) Jedes Ratsmitglied kann während der Sitzung Anträge zu Geschäftsordnung stellen. Hierzu gehören insbesondere Anträge auf

- a) Nichtbefassung,
- b) Schließen der Rednerliste und Schluss der Debatte
- c) Vertagung
- d) Verweis an einen Ausschuss
- e) Unterbrechen der Sitzung
- f) Ausschluss oder Wiederherstellung der Öffentlichkeit

(2) Auf einen Antrag zur Geschäftsordnung erteilt die oder der Vorsitzende zuerst der Antragstellerin/ dem Antragsteller das Wort zur Begründung und gibt dann je einem Mitglied der im Samtgemeinderat vertretenen Fraktionen und Gruppen sowie den nicht einer Fraktion oder Gruppe angehörenden Ratsmitgliedern Gelegenheit zur Stellungnahme und lässt darauf über den Antrag abstimmen.

(3) Einem Ratsmitglied, dass sich zu einer persönlichen Erklärung zu Wort gemeldet hat, ist das Wort auch nach Schluss der Beratung vor der Abstimmung zu erteilen. Das Ratsmitglied darf in der persönlichen Erklärung nur Angriffe zurückweisen, die in der Aussprache gegen das Ratsmitglied gerichtet wurden, oder eigene Ausführungen berichtigen. Es darf hierzu nicht länger als drei Minuten sprechen.

§ 8 Beratung und Redeordnung

(1) Ein Ratsmitglied darf nur sprechen, wenn ihm von der/dem Vorsitzenden das Wort erteilt wird. Zwischenfragen sind nur mit Zustimmung der oder des Sprechenden zulässig. Wortmeldungen erfolgen durch Handaufheben.

(2) Die/der Vorsitzende erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen, indem sie/er den Namen des Ratsmitgliedes aufruft. Bei Wortmeldungen „zur Geschäftsordnung“ ist das Wort außerhalb der Reihenfolge zu erteilen.

(3) Die/der Vorsitzende kann zur Wahrung der ihr/ihm nach § 63 NKomVG und den Bestimmungen dieser Geschäftsordnung obliegenden Befugnisse jederzeit das Wort ergreifen.

(4) Der Samtgemeindebürgermeister ist auf sein Verlangen zum Gegenstand der Verhandlung zu hören. Die/ der Vorsitzende kann ihm zur tatsächlichen oder rechtlichen Klarstellung des Sachverhaltes auch außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erteilen.

(5) Die Redezeit beträgt grundsätzlich bis zu 5 Minuten, für die Begründung eines schriftlichen Antrages bis zu 2 Minuten. Die/der Vorsitzende kann die Redezeit verlängern. Bei Widersprüchen beschließt der Samtgemeinderat über die Verlängerung der Redezeit.

(6) Jedes Ratsmitglied darf grundsätzlich zu einem Beratungsgegenstand nur einmal sprechen; ausgenommen sind

- a) das Schlusswort der Antragstellerin/ des Antragstellers unmittelbar vor der Abstimmung,
- b) die Richtigstellung offener Missverständnisse,
- c) Anfragen zur Klärung von Zweifelsfragen,
- d) Anträge und Einwendungen zur Geschäftsordnung,
- e) Wortmeldungen des Samtgemeindebürgermeister gemäß Absatz 4,
- f) Fraktions- und Gruppensprecher

Die/der Vorsitzende kann im Einzelfall zulassen, dass ein Ratsmitglied mehr als einmal zu einer Sache sprechen darf. Bei Widerspruch entscheidet der Samtgemeinderat.

§ 9 Ordnungsverstöße

§ 63 NKomVG (Abs.1) Die oder der Vorsitzende leitet die Verhandlungen, eröffnet und schließt die Sitzungen, sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung und übt das Hausrecht aus.
 (Abs. 2) ¹Die oder der Vorsitzende kann ein Mitglied der Vertretung bei ungebührlichem oder wiederholt ordnungswidrigem Verhalten von der Sitzung ausschließen. ²Auf Antrag des ausgeschlossenen Mitglieds stellt die Vertretung in ihrer nächsten Sitzung fest, ob der Ausschluss berechtigt war.
 (Abs. 3) ¹Die Vertretung kann ein Mitglied, das sich schuldhaft grob ungebührlich verhält oder schuldhaft wiederholt gegen Anordnungen verstößt, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung erlassen wurden, mit der Mehrheit ihrer Mitglieder von der Mitarbeit in der Vertretung und ihren Ausschüssen ausschließen. ²Der Ausschluss kann nur auf bestimmte Zeit, höchstens jedoch für sechs Monate, erfolgen.

- (1) Persönliche Angriffe und Beleidigungen sind von der/dem Vorsitzenden sofort zu rügen.
- (2) Verstößt ein Ratsmitglied gegen die Bestimmungen der Geschäftsordnung, so kann die/der Vorsitzende das Ratsmitglied unter Nennung des Namens „zur Ordnung“, falls es vom Beratungsgegenstand abschweift „zur Sache“ rufen. Folgt das Ratsmitglied dieser Ermahnung nicht, so kann die/der Vorsitzende ihm nach nochmaliger Verwarnung das Wort entziehen. Ist einem Ratsmitglied das Wort entzogen, so darf es zu diesem Punkt der Tagesordnung nicht mehr sprechen.
- (3) Wird die Ordnung in einer Sitzung gestört und gelingt es der/dem Vorsitzenden nicht, sie wieder herzustellen, so kann sie/er die Sitzung unterbrechen oder die Sitzung nach Beratung mit den Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppen vorzeitig schließen.

§ 10 Einwohnerfragestunde und Anhörungen

- § 62 NKomVG *(Abs.1) Die Vertretung kann bei öffentlichen Sitzungen Einwohnerinnen und Einwohnern ermöglichen, Fragen zu Beratungsgegenständen und anderen Angelegenheiten der Kommune zu stellen.*
(Abs.2) Die Vertretung kann beschließen, anwesende Sachverständige und anwesende Einwohnerinnen und Einwohner einschließlich der nach § 41 von der Mitwirkung ausgeschlossene Personen zum Gegenstand der Beratung zu hören.
(Abs.3) Einzelheiten regelt die Geschäftsordnung.

- (1) Im Anschluss an jede öffentliche Samtgemeinderatssitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Samtgemeinde Gelegenheit zu geben, Fragen zu Beratungsgegenständen und Angelegenheiten der Samtgemeinde an die Samtgemeinderatsmitglieder und den Samtgemeindebürgermeister zu richten. Zu jeder Anfrage können von jeder Einwohnerin und jedem Einwohner Zusatzfragen gestellt werden. Eine Diskussion mit Einwohnern findet nicht statt.
- (2) Anfragen, deren öffentliche oder vorzeitige öffentliche Behandlung wichtige Belange der Samtgemeinde verletzen würden oder die sich auf Angelegenheiten beziehen, die der Geheimhaltung unterliegen, sind nicht zu beantworten.
- (3) Die Einwohnerfragestunde dauert maximal 30 Minuten. Der Samtgemeinderat kann eine Verlängerung der Einwohnerfragestunde beschließen.
- (4) Die Einwohnerfragestunde wird von der/dem Vorsitzenden geleitet. Fragen an die Verwaltung werden vom Samtgemeindebürgermeister beantwortet. Für die Beantwortung einzelner Anfragen an Fraktionen/Gruppen oder einzelne Ratsmitglieder stehen jeweils höchstens drei Minuten zur Verfügung; für die einmalige Erwidern aus einer anderen Fraktion/Gruppe oder eines anderen nicht einer Fraktion/Gruppe angehörenden Ratsmitgliedes steht eine Minute Redezeit zur Verfügung.

§ 11 Abstimmung

§ 66 NKomVG *(Abs.1) Beschlüsse werden, mit der Mehrheit der auf Ja oder Nein lautenden Stimmen gefasst, soweit durch Gesetz oder in Angelegenheiten des Verfahrens durch die Geschäftsordnung nichts anderes bestimmt ist. Bei Stimmgleichheit ist ein Antrag abgelehnt.*

(Abs.2) Es wird offen abgestimmt, soweit in der Geschäftsordnung nichts anderes geregelt ist.

(1) Nach Schluss der Aussprache und Abgabe persönlicher Erklärungen eröffnet der/die Vorsitzende die Abstimmung. Vor der Abstimmung wiederholt er/sie den Antrag oder verweist auf die Vorlage, aus der der Antrag ersichtlich ist. Während des Abstimmungsverfahrens sind weitere Anträge unzulässig.

(2) Der/Die Vorsitzende formuliert die Abstimmungsfrage so, dass sie mit "Ja" oder "Nein" beantwortet werden kann.

(3) Die/ der Vorsitzende entscheidet über die Reihenfolge der Abstimmung. Anträge zur Geschäftsordnung haben Vorrang.

(4) Grundsätzlich wird offen durch Handaufheben abgestimmt; in Zweifelsfällen durch Aufstehen. Auf Antrag von mindestens einem Drittel der anwesenden Ratsmitglieder ist namentlich abzustimmen. Dies gilt nicht für die Abstimmung über Geschäftsordnungsanträge.

(5) Auf Antrag von mindestens einem Drittel der anwesenden Ratsmitglieder oder einer Fraktion oder Gruppe ist geheim abzustimmen. Die geheime Abstimmung hat Vorrang vor namentlicher Abstimmung. Die/der Vorsitzende bestimmt zwei Stimmzähler/innen, die verschiedenen Fraktionen/ Gruppen angehören. Die Stimmzähler/innen führen die geheime Abstimmung durch, stellen das Ergebnis fest und teilen es der/dem Vorsitzenden mit, die/der es dann bekannt gibt.

§ 12 Wahlen

§ 67 NKomVG ¹*Gewählt wird schriftlich; steht nur eine Person zur Wahl, wird durch Zuruf oder Handzeichen gewählt, wenn dem niemand widerspricht.* ²*Auf Verlangen eines Mitgliedes der Vertretung ist geheim zu wählen.* ³*Gewählt ist die Person, für die die Mehrheit der Mitglieder der Vertretung gestimmt hat.* ⁴*Wird dieses Ergebnis im ersten Wahlgang nicht erreicht, so findet ein zweiter Wahlgang statt.* ⁵*Im zweiten Wahlgang ist die Person gewählt, die die meisten Stimmen erhalten hat.* ⁶*Ergibt sich im zweiten Wahlgang Stimmgleichheit, so entscheidet das Los.* ⁷*Das Los zieht die oder der Vorsitzende der Vertretung.*

(1) Zur Wahl stehende Personen können sowohl im ersten als auch im zweiten Wahlgang verzichten. Die Aufstellung neuer Bewerberinnen oder Bewerber im zweiten Wahlgang ist zulässig.

(2) Für die Stimmauszählung bei Wahlen gilt § 11 Abs. 5 entsprechend.

§ 13 Protokoll

§ 68 NKomVG ¹Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen der Vertretung ist ein Protokoll zu fertigen. ²Abstimmungs- und Wahlergebnisse sind festzuhalten. ³Jedes Mitglied der Vertretung kann verlangen, dass aus dem Protokoll hervorgeht, wie es abgestimmt hat; dies gilt nicht für geheime Abstimmungen. ⁴Einzelheiten regelt die Geschäftsordnung.

(1) Der Samtgemeindebürgermeister ist für die Fertigung des Protokolls verantwortlich. Er bestimmt eine/n Protokollführer/in.

(2) Im Protokoll werden festgehalten:

- a) Sitzungsort und Sitzungstag
- b) Dauer der Sitzung
- c) Teilnehmer der Sitzung
- d) Tagesordnung
- e) wesentlichen Inhalte der Verhandlungen zu den Tagesordnungspunkten
- f) Wortlaut der Beschlüsse
- g) Abstimmungs- und Wahlergebnisse

Ein Wortprotokoll ist ausgeschlossen.

Die Protokolle sind von der/dem Samtgemeinderatsvorsitzenden, dem Samtgemeindebürgermeister und der/dem Protokollführer/in zu unterzeichnen.

(3) Die Ratsmitglieder erhalten jeweils eine Ausfertigung des Protokolls.

(4) Der Samtgemeinderat beschließt über die Genehmigung der Niederschrift. Über die Genehmigung der Niederschrift der letzten Samtgemeinderatssitzung vor Ablauf der Wahlperiode beschließt der Samtgemeindeausschuss. Bei der Beschlussfassung über die Genehmigung der Protokolle ist eine erneute Beratung oder eine sachliche Änderung der in der Niederschrift enthaltenen Beschlüsse unzulässig. Einwendungen gegen das Protokoll dürfen sich nur gegen die Richtigkeit der Wiedergabe des Verhandlungsverlaufs und des Inhalts der Beschlüsse richten.

§ 14 Fraktionen und Gruppen

§ 57 NKomVG (Abs.1) *Zwei oder mehr Abgeordnete können sich zu einer Fraktion oder Gruppe zusammenschließen.*

(Abs.2) ¹*Fraktionen und Gruppen wirken bei der Willensbildung und Entscheidungsfindung in der Vertretung, im Hauptausschuss und in den Ausschüssen mit. ²Ihre innere Ordnung muss demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen.*

(Abs.3) ¹*Die Kommune kann den Fraktionen und Gruppen Zuwendungen zu den Sach- und Personalkosten für die Geschäftsführung gewähren; zu diesen Kosten zählen auch die Aufwendungen der Fraktionen oder Gruppen aus einer öffentlichen Darstellung ihrer Auffassungen in den Angelegenheiten der Kommune. ²Die Verwendung der Zuwendungen ist in einfacher Form nachzuweisen.*

(Abs.4) *Soweit personenbezogene Daten an die Abgeordneten oder an Mitglieder eines Stadtbezirksrates oder Ortsrates übermittelt werden dürfen, ist es zulässig, diese Daten auch an von der Hauptverwaltungsbeamtin oder dem Hauptverwaltungsbeamten zur Verschwiegenheit verpflichtete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und Gruppen zu übermitteln.*

(Abs.5) *Einzelheiten über die Bildung der Fraktionen und Gruppen sowie über deren Rechte und Pflichten regelt die Geschäftsordnung.*

(1) Fraktionen sind auf Zusammenarbeit gerichtete Zusammenschlüsse von Ratsfrauen und Ratsherren, die derselben Partei oder Wählergruppe angehören.

(2) Gruppen sind auf Zusammenarbeit gerichtete Zusammenschlüsse von Ratsfrauen und Ratsherren, die nicht derselben Partei oder Wählergruppe angehören. Auch Fraktionen können sich zu einer Gruppe zusammenschließen. Die Gruppe nimmt anstelle der an ihr beteiligten Fraktionen deren kommunalverfassungsrechtlichen Rechte wahr.

(3) Ratsfrauen und Ratsherren dürfen nur einer Fraktion angehören. Gleiches gilt für die Zugehörigkeit zu den Gruppen.

(4) Jede Fraktion und jede Gruppe hat eine Vorsitzende bzw. einen Vorsitzenden sowie eine/n oder mehrere stellvertretende Vorsitzende/n zu bestimmen.

(5) Fraktionen und Gruppen haben ihre Bildung, Umbildung und Auflösung sowie ihre Mitglieder dem Samtgemeindebürgermeister schriftlich anzuzeigen und dabei ihre/n Vorsitzende/n anzugeben. Der Samtgemeindebürgermeister unterrichtet unverzüglich den Samtgemeinderat.

(6) Die Bildung, Umbildung und Auflösung von Fraktionen und Gruppen werden mit der Anzeige nach Absatz 5 wirksam.

(7) Unterhält die Fraktion oder Gruppe eine Geschäftsstelle, sind auch die Anschrift der Geschäftsstelle sowie die zur Verschwiegenheit verpflichteten Mitarbeiter/innen der Fraktion oder Gruppe sowie evtl. Änderungen mitzuteilen.

§ 15 Samtgemeindeausschuss

- § 78 NKomVG (1) ¹Der Hauptausschuss ist von der Hauptverwaltungsbeamtin oder dem Hauptverwaltungsbeamten nach Bedarf einzuberufen. ²Sie oder er hat ihn einzuberufen, wenn ein Drittel der Beigeordneten dies unter Angabe des Beratungsgegenstands verlangt.
- (2) ¹Die Sitzungen des Hauptausschusses sind nicht öffentlich. ²Alle Abgeordneten sind berechtigt, an den Sitzungen des Hauptausschusses als Zuhörerinnen oder Zuhörer teilzunehmen. ³Für diese gilt § 41 entsprechend.
- (3) Beschlüsse können im Umlaufverfahren gefasst werden, wenn kein Mitglied des Hauptausschusses widerspricht.
- (4) ¹Im Übrigen gelten die Regelungen für das Verfahren der Vertretung sinngemäß auch für das Verfahren des Hauptausschusses. ²Soweit das Verfahren der Vertretung in der von ihr erlassenen Geschäftsordnung geregelt ist, kann diese für das Verfahren des Hauptausschusses abweichende Regelungen treffen.

(1) Die Sitzungen des Samtgemeindeausschusses finden in der Regel am ersten Donnerstag eines Monats statt.

(2) Abweichend von § 1 Abs. 2 dieser Geschäftsordnung beträgt die Ladungsfrist für den Samtgemeindeausschuss 6 Tage. In Eilfällen kann die Ladungsfrist bis auf 2 Tage abgekürzt werden; auf die Abkürzung ist in der Ladung hinzuweisen.

(3) Die Einladung zu Samtgemeindeausschusssitzungen einschließlich der Vorlagen und Verwaltungsberichte und die Protokolle über die Sitzungen sind allen Ratsmitgliedern zuzustellen.

§ 16 Ausschüsse des Samtgemeinderates

- § 72 NKomVG (1) Die Geschäftsordnung bestimmt, ob Sitzungen der Ausschüsse öffentlich oder nicht öffentlich sind; sind sie öffentlich, so gelten die §§ 62 und 64 entsprechend.
- (2) ¹Die Abgeordneten sind berechtigt, bei allen Sitzungen der Ausschüsse der Vertretung zuzuhören. ²Wird in einer Ausschusssitzung ein Antrag beraten, den eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter gestellt hat, die oder der dem Ausschuss nicht angehört, so kann sie oder er sich an der Beratung beteiligen. ³Die oder der Ausschussvorsitzende kann einer oder einem nicht zum Ausschuss gehörenden Abgeordneten das Wort erteilen.
- (3) ¹Die Ausschüsse werden von der Hauptverwaltungsbeamtin oder dem Hauptverwaltungsbeamten im Einvernehmen mit der oder dem Ausschussvorsitzenden einberufen. ²Der Ausschuss ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert oder ein Drittel der Ausschussmitglieder unter Angabe des Beratungsgegenstands die Einberufung verlangt. ³Die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte stellt im Benehmen mit der oder dem Ausschussvorsitzenden die Tagesordnung auf. ⁴Das sonstige Verfahren der Ausschüsse kann in der Geschäftsordnung geregelt werden. ⁵Im Übrigen gelten die Vorschriften für die Vertretung entsprechend.

§ 73 NKomVG ¹Die §§ 71 und 72 sind auf Ausschüsse der Kommune anzuwenden, die auf besonderen Rechtsvorschriften beruhen, soweit diese die Zusammensetzung, die Bildung, die Auflösung, den Vorsitz oder das Verfahren nicht regeln. ²Die nicht der Vertretung angehörenden Mitglieder solcher Ausschüsse haben Stimmrecht, soweit sich aus den besonderen Rechtsvorschriften nichts anderes ergibt.

- (1) Die Vorschriften dieser Geschäftsordnung gelten für Ausschüsse entsprechend.
- (2) Die Ausschüsse tagen öffentlich. Die Einberufung zu einer nichtöffentlichen Sitzung erfolgt, wenn die Tagesordnung lediglich Punkte enthält, die nach § 64 NKomVG in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten sind oder bei denen ein entsprechender Beschluss über die nichtöffentliche Behandlung im Einzelfall bereits vorliegt. Sofern der Samtgemeinderat oder der Samtgemeindeausschuss die nichtöffentliche Behandlung einer Angelegenheit beschlossen hat, sind die Ausschüsse hieran gebunden.
- (3) Die Einladung zu Ausschusssitzungen einschließlich der Vorlagen und Verwaltungsberichte und die Niederschriften über die Sitzungen sind allen Ratsmitgliedern zuzustellen.
- (4) Sind mehrere Ausschüsse an der Vorbereitung eines Beschlusses beteiligt, so koordiniert der Samtgemeindeausschuss deren Arbeit.
- (5) Meinungsverschiedenheiten über die Zuständigkeit der Ausschüsse entscheidet der Samtgemeindeausschuss.

§ 17 Geltung der Geschäftsordnung

- (1) Diese Geschäftsordnung tritt sofort in Kraft. Gleichzeitig wird die vom Samtgemeinderat in seiner Sitzung am 09.11.2006 beschlossene Geschäftsordnung außer Kraft.
- (2) Bei Zweifeln über die Auslegung dieser Geschäftsordnung entscheidet der/die Vorsitzende, wenn nicht der Samtgemeinderat die Entscheidung an sich zieht.
- (3) Der Samtgemeinderat kann im Einzelfall mit Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder von der Geschäftsordnung abweichen, wenn nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

Samtgemeinde Nenndorf
Bad Nenndorf, den 10.11.2011

Der Samtgemeindebürgermeister

geändert durch Beschluss des Samtgemeinderates vom 23.02.2012